

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Bezüge: Landmanns Sonntagblatt und „Müsteries Unterhaltungsblatt“. — Preis: Monatspreis: 1,20 M., durch Post 1,35 M., durch Fernpost 1,50 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gestalt Betriebsleistung Streifen um erhöhter Preis auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preitszeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklameweile 40 Pfg., Ausnahmefälle 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbegebende unentgeltlich (Schreibweise oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen). / Belegengeld: 10 M., das Ausland, ausgiebig Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 137

Donnerstag, den 19. November 1931

33. Jahrg.

„Scharfes Zupacken erforderlich!“

Rede Groeners auf der Konferenz der Innenminister.

Berlin, 18. November.
Reichsinnenminister Groener hielt auf der Konferenz der Innenminister eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Verteilung der Gestaltziele auf die Länder gibt in weitgehendem Maße die Möglichkeit, den besonderen Verhältnissen in den Ländern Rechnung zu tragen. Das Vertrauen zum Staat ist dem Deutschen untrennbar verbunden mit dem Bewußtsein eines engeren landsmannschaftlichen Zusammengehörigkeits. Soll die Trennung von Regierungen und Gesetzgebung unsere Aufgaben fördern, dann muß sie allerdings mit einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein.

Sicherung des Staates.

Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenseitig bedroht sind, erfordern die enge Zusammenarbeit von Reich und Ländern, um die Entwicklung sich gestalten sollte. Es gilt, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewaltfreie Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos zu unterdrücken.

Überwindung der Krisensituation.

Die Mittel dazu gewähren die Notverordnung. Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staates und seiner Verfassung, sondern auch um die Außenpolitik in einem Augenblick, wo die allerwichtigsten Entscheidungen auf dem Spiele stehen. Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Gesundung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisensituation der Bevölkerung zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu fächern. Vollständige Maßnahmen können aber nur den Weg öffnen für die verfassungsmäßige Entwicklung der politischen Zustände.

Kritik und politische Betätigung im Deutschen Reich verbot.

Die ehrliche und anständige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein.

Das Ziel der Staatspolitik.

Die Staatsführung darf sich nicht von Erzwingungen der Parteipolitik leiten lassen. Es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich diesem Ziel mit Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den sollen die Maßnahmen der Verordnungen des Reichspräsidenten angewandt werden.

Das in der letzten Ministerbesprechung von vielen Seiten geforderte Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel von Reichs wegen ist insbesondere von bayerischer Seite abgelehnt worden. Nach den bekannten Brauchsvorgängen der Versammlung ist in der Öffentlichkeit sehr lebhaft das Verlangen nach einem Verbot von Reichs wegen erhoben worden. Angenommen habe die überwiegende Zahl der Länderregierungen ein allgemeines Versammlungs- und Umzugsverbot erlassen.

Gegen die Morde.

In erster Linie ist gegenüber den Terrorakten, Morden und anderen Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die zu einer Kulturkatastrophe für Deutschland geworden sind, ein scharferes Zupacken unbedingt erforderlich.

Es sei unbedingt erforderlich, daß Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhindern oder die Täter einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Hier müßte mit aller Energie zugegriffen werden. Es müßten in dieser Beziehung Maßnahmen erörtert werden, durch welche dieser Morde durch entgegengetreten werden könne. Der Reichspräsident habe ihn gebeten, den politischen Mordtaten keine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er gebe diese Bitte an die Innenminister weiter. Der Minister fuhr dann wörtlich fort:

Verhinderung der Zerkleinerung.

Außerdem habe ich von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient weiter die von der kommunistischen Partei betriebene Zerkleinerungstätigkeit in Reichswehr und Polizei. Brechen, die hier in das Staatsgefüge geschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß bis jetzt solche Zerkleinerungsversuche an dem fernen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Versuche zu verhindern. Ich habe kürzlich beim preussischen Innenminister angeregt, bei kommunistischen Zerkleinerungsarbeiten durch zentrale polizeiliche Überwachungsmaßnahmen entgegenzuwirken.

Nach den einleitenden Ausführungen des Reichsinnenministers fand eine allgemeine und eingehende Ansprache statt. Die Innenminister der einzelnen Länder gaben einen Überblick über die politische Situation in ihren Ländern. Die Ansprache erab die einmütige Zustimmung über

die Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Erneutes Sinken der Golddecke.

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 14. November.
Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. November 1931 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Meßeln und Scheffs, Comarbs und Effekten um 47,7 Mill. auf 397,6 Mill. Markt verringert.

In Reichsbanknoten und Rentenbanktiteln zusammen sind 88,9 Mill. Markt in der Woche der Reichsbank an Reichsbanktiteln um 14,0 Mill. Markt erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 406,8 Mill. Markt eine Zunahme um 7,9 Mill. Markt.

Die Bestände an Gold und bedungsfähige Devisen haben sich um 72,2 Mill. auf 1189,8 Mill. Markt vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 63,3 Mill. auf 1038,0 Mill. Markt und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 8,9 Mill. auf 151,8 Mill. Markt abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 26,7 Prozent gegen 27,8 Prozent in der Vorwoche.

Devisenbewirtschaftung.

Erschwerungen des Geldverkehrs im Grenzgebiet.

Im Grenzgebiet sind neue Erschwerungen geschaffen worden, die u. a. vorliegen, daß die Eintragungspflicht in den Reisepaß bei Umwechslung von Beträgen bis zu 30 Mark wöchentlich durch Grenzkontrollen in Grenzorten entfällt, desgleichen bei Beträgen bis zu 50 Mark im Umwechslungsverkehr in den Eisenbahnhöfen.

Ohne Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstellen ist die Umwechslung von Geldbeträgen für eingeführte Waren durch ausländische Besucher im Betrage von 200 Mark für jeden Tag, sowie im Betrage von 1000 Mark für Personen gestattet, die ihren Wohnsitz im ausländischen Grenzgebiet haben und regelmäßig Bezüge aus inländischer Quelle beziehen.

Ferner ist die Umwechslung von Beträgen durch in ausländischem Grenzgebiet anwesende Personen, wenn die Beträge aus dem Inland stammen, bis zum Betrage von 500 Reichsmark je Monat gestattet.

Weitere Exportsteigerung.

383 Millionen RM Ausfuhrüberschuss im Oktober.

Berlin, 17. November.
Die deutsche Handelsbilanz zeigt im Oktober einen Ausfuhrüberschuss von 383 Millionen RM. Unter Berücksichtigung der Reparationsrückstellungen, die 12,9 Millionen RM betragen, erhöht sich der Ausfuhrüberschuss auf 395,9 Millionen RM. Die Ausfuhr ist wertmäßig um 812 auf 866 Millionen RM oder um 6,7 Prozent gestiegen. Die Ausfuhrerhöhung entfällt nahezu vollständig auf Fertigen, deren Ausfuhr um 48 Millionen RM zugenommen hat.

Auswirkungen der Währungsentwertung in England und in anderen Ländern auf den deutschen Außenhandel können aus den Gesamtzahlen der Oktoberstatistik nicht ersehen werden. Jedoch deutet der bei einzelnen Eisen- und Ausfuhrwaren, wie zum Beispiel bei der Einfuhr von Kohle und Baumwollgeweben, ferner bei der Ausfuhr von Geweben aus Seide und Kunstfelle festzufellende Rückgang der Durchschnittswerte auf solche Wirkungen hin. Die an sich von den Währungsentwertungen ausgehenden ungünstigen Folgen für die Mengenstellung der Ausfuhr sind im übrigen möglicherweise durch eine im Hinblick auf neue Zollmaßnahmen im Ausland vorgenommene Vorausfuhr und durch beschleunigte Abzüge zunächst ausgeglichen worden. Die Einfuhr ist wertmäßig von 448 auf 483 Millionen RM, also um 7,8 Prozent gestiegen. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf Lebensmittel und Fertigenwaren.

Beschleunigung der Siedlungen.

Maßnahmen des preussischen Staatskommissars.

Berlin, 17. November.
Der neuernannte Staatskommissar für landwirtschaftliche Siedlung in Preußen, Bolter, hat zwei Verordnungen erlassen, die der Beschleunigung, Beschleunigung und Zerstückelung des Verfahrens bei Siedlungsanträgen dienen sollen.

Nach diesen Verordnungen ist der Vorsteher des Kulturamtes für die Erstellung der Anhebungsanträge in allen Fällen zuständig. Er legt auch fest, ob und in welchem Maße der Antragsteller zu den Leistungen oder zu den Kosten beizutragen hat, die durch die Verringerung oder Neuordnung der Gemeindegrenzen, Schul- und Kirchenverhältnisse sowie für Anlagen im öffentlichen Interesse erforderlich wer-

den. In bringenden Fällen kann er die Anhebungsanträge unter Vorbehalt erteilen.

Die Arbeitszeitverkürzung.

Entsprechende Maßnahmen in vier Ländern.

Genf, 17. November.
Das Internationale Arbeitsamt, dessen Verwaltungsrat sich kürzlich mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung über den Achtstundentag hinaus beschäftigte, teilt mit, daß bis jetzt über Staaten entsprechende Maßnahmen ergriffen hätten, nämlich Deutschland, die Freie Stadt Danzig, Polen und die Tschechoslowakei.

In Deutschland gibt die Notverordnung vom 5. Juni 1931 die Möglichkeit einer Einführung der 40stündigen Arbeitswoche in einzelnen Industriezweigen. Danzig hat die 40stündige Arbeitswoche in der Staats- und Kommunalverwaltung eingeführt. In Polen wurde die Ermächtigung der Regierung, die Arbeitszeit zu verlängern, in der Woche erweitert, daß sie auch herabgesetzt werden kann. In der Tschechoslowakei ist ein Gesetz in Vorbereitung, das die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich nach oben begrenzt.

Lohnverhandlungen an der Ruhr.

Die Erklärungen der Parteien.

Essen, 18. November.
Für den Gewerkschaftsverband wurde zu Beginn der Lohnverhandlungen durch Generaldirektor Dr. Westert eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: Es ist zu bedauern, daß die Regierung bei der letzten Lohnregelung einer klaren Entscheidung auswichen ist. Es zeigt dies vor allem auch die bis Ende November begrenzte Befreiung von den Arbeitslohnbeiträgen für die Unterlage-Belegschaft, eine Maßnahme, die allgemeinerwirtschaftlich besonders Bedenken hervorruft.

Er bedauert, daß er durch die fortgesetzt notwendig werdenden Änderungen der Lohnregelung immer wieder in einen Gegensatz zu seiner Arbeiterschaft gebracht wird, weil das heutige Regierungssystem bisher jedenfalls Möglichkeiten einer Entlastung insbesondere auf dem Gebiet der Steuern, Soziallasten, Frachten und Zinsen nicht gezeigt hat. Zur Erzielung einer wirksamen sofortigen Selbstlohnentlastung bleibt somit zunächst nur eine Senkung der Ökonomie und Gehälter möglich.

Die Gewerkschaftsvertreter weisen in den Verhandlungen darauf hin, daß sie jeden weiteren Lohnabbau mit aller Entschiedenheit ablehnen müßten. Wenn eine weitere Senkung der Selbstlohn notwendig sei, könne diese unmöglich durch eine neue Senkung der Lohnsteuern gefunden werden.

Nachdem es seit der Lohnsenkung vor allem eine durchgreifende Senkung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, Weiterhin brachten die Gewerkschaftsvertreter für die Arbeiter darüber zum Ausdruck, daß die zehnjährige Arbeitsverträge gefündigt hätten, bevor überhaupt ein Verhandlungsergebnis vorlag. Der Lohnstreik habe dadurch eine erhebliche Verschärfung erfahren.

Angesichts dieser Haltung beider Tarifparteien erwiderte sich ein weiteres Verhandeln als zwecklos. Die Beratungen wurden infolgedessen nach kurzer Dauer abgebrochen. Die Schlichtungsverhandlungen dürften am 23. November stattfinden.

Keine parteipolitische Zersplitterung.

Der Kurs der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Berlin, 18. November.
Die Deutsche Kolonialgesellschaft teilt mit: „Ammer wieder taucht das von interessierter Seite verbreitete, von unseren Freunden mit Besorgnis aufgenommene unfähige Gerücht von einer parteipolitischen Zersplitterung der Deutschen Kolonialgesellschaft im Sinne einer Linksabweichung auf.“

Wer unsere Politik während der letzten Monate und unsere Ausgebungen verfolgt hat, vor insbesondere den kürzlich erlassenen Aufruf unseres Präsidenten, Gouverneur Dr. Schöne, und seine Richtlinien für den kolonialen Kampf geleitet hat, muß wissen, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft unbeeinträchtigt an ihrer Forderung, der Rückgabe der deutschen Kolonien, festhält und daß sie in dem Kampf um dieses Ziel alle Kräfte der Nation zu einem befreit ist, die im Sinne dieser vaterländischen Aufgabe mitzuarbeiten und mitzukämpfen bereit sind.

Erlaubnisprüfung

für neu zu errichtende Schantwirtschaften.

Eine Verordnung des Preussischen Ministers des Innern vom 13. November 1931 betraf neu zu errichtende Schantwirtschaften in Preußen. Diese Verordnung ist am 1. Oktober 1931 erlassen worden, um neu zu errichtende Schantwirtschaften grundsätzlich nicht erteilt werden dürfen. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Regierungspräsidenten (in Berlin des Polizeipräsidenten) zulässig. Die Bestimmungen gelten nicht für Anträge, die bei der Erlaubnisbehörde erster Instanz vor dem 1. 10. 1931 eingegangen sind.

Der Preussische Minister des Innern bemerkt in einem Rundbrief an der Verordnung u. a.: Die Verordnung besteht

sch nicht auf alle gemäß Paragraph 1 des Gaststättenge-
setzes vom 28. 4. 1930 erlaubnispflichtigen Betriebe, son-
dern nur auf Schantwirtschaften, auf diese allerdings sämt-
lich, unbefürmert um die Getränke, deren Ausgibt bean-
tragt wird. Die Regierungspräsidenten dürfen Ausnahmen
nur zulassen, a) wenn eine neue Schantwirtschaft anstelle
einer vorhandenen durch deren bürgerlichen Inhaber errichtet
wird, sofern in den bisherigen Schanträumen kein weiterer
Schantbetrieb stattfindet; b) wenn sich bei der Eröffnung
neuen Baugebietes, insbesondere bei der Anlage neuer
Siedlungen, durch das Fehlen von Schantwirtschaften aus-
gleichende Mängelstände ergeben.

Trauerfeier für Bartels.

Die Kundgebung im preussischen Landtag.

Berlin, 17. November

In der Bandelhalle des preussischen Landtages fand
die Trauerfeier für den verstorbenen Präsidenten des preus-
sischen Landtages, Friedrich Bartels, statt. Den mit allen
geschätzten Sarg umgab eine Fülle von Kränzen. An der
Feier nahmen außer den Vizepräsidenten des preussischen
Landtages, das preussische Staatsministerium, Mitglieder
des Staatsrates und des Landtages teil. Die Reichsregierung
war durch Minister Grewer, der Reichstag durch den
Reichstagspräsidenten Böcher vertreten. Ferner sah man viele
andere Persönlichkeiten der öffentlichen Lebens. Die Trauer-
feier verlief ruhig und geordnet. Die Trauerfeier wurde
verleumdung erbob sich, als die Rede des verstorbenen
Präsidenten den Raum betrat. Die Kapelle der Staatsoper
leitete mit dem „March der Priester“ aus der „Zauber-
flöte“ die Feier ein. Für das Präsidium des Landtages
nahm sodann Vizepräsident Baumhoff zu einer kurzen Ge-
denkrede das Wort.

Dann folgten Worte des preussischen Ministerpräsi-
denten Braun, der im Namen der preussischen Staatsregierung
ausführte: „Auch heute noch erfüllt mich die Trauer sehr tief
hart an den Kränzen der Menschheit, die im Brennpunkt des
öffentlichen Lebens stehen. Selbst unter parlamentarischen
Leben ist vor einer betrübenden Verwilderung nicht bewahrt
geblieben. Das stellt an den Präsidenten der Volkserziehung
offen Anforderungen, die über die Kraft eines einzelnen
gehen. Friedrich Bartels ist diesen schweren Aufgaben in
letztem Maße gerecht geworden. Nun, da er von uns geht,
nehmen wir in Anspruch und Bona, die im Brennpunkt des
Lebens ihm unseren tiefsten Hülfs. Die Staatsregierung
wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes dankerfülltes Ge-
denke bewahren.“

Ihren Abschied nahm die Trauerkundgebung mit dem
Trauermarsch aus Beethoven's „Eroica“. Dann wurde der
Sarg in das Krematorium Gerichtsstraße überführt, wo um
7 Uhr abends die Trauerfeier der Sozialdemokratischen
Partei stattfand.

Die NSDAP zur Heffenwahl

Eine Erklärung der Parteileitung.

Die Parteileitung der Nationalsozialisten veröffentlicht
eine Erklärung zu dem Ergebnis der Heffenwahl, in der es
u. a. heißt:

„Die Wandtagswahlen in Hessen haben der NSDAP
den erwarteten großen Sieg gebracht. Noch weit stärker als
bei den letzten Wahlen in Hamburg, Anhalt und
Weidenburg hat die Bewegung das Tempo ihres un-
aufhaltsamen Aufstiegs gehalten. Die langjährige Ver-
gierungsreaktion ist von der NSDAP entscheidend geschla-
gen worden und verliert von ihren 42 Mandaten 18.“

Die NSDAP konnte ihre Stimmenzahl gegenüber der
letzten Reichstagswahl um 115 Prozent steigern.

Unter Berücksichtigung der weit stärkeren Wahlbeteili-
gung hat der Gesamt-Maximum eine schwere Nieder-
lage erlitten. Gegenüber dem nationalsozialistischen Willen
sind andererseits die gegenwärtigen Verhältnisse der
Parteien zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Am neuen Landtag werden die Freiwirtschaftler im
Braunhain allein rund 40 Prozent der gesamten Mandate
repräsentieren. Wenn das Zentrum weiter gegen das
erwachende Deutschland regieren will, wird es sich seine Bun-
desgenossen bei den Kommunisten suchen müssen. Denn in
Hessen ist nicht nur die Landespolitik geklärt worden,
sondern die Heffenwahl ist in ganz besonderer Weise die
Antwort des Volkes an den Kurs des Herrn Brüning, und
ein untrügliches Stimmungsbarometer gegen die heutige
Reichspolitik.

In Hessen hat das Volk wieder und in weit überzeu-
gender Weise als bisher schon zum Ausdruck gebracht, daß
es die Herrschaft des Nationalsozialismus

will. Wie lange werden noch die Kapitulanten der Demo-
kratie sich weigern, ihre eigenen Befehle zu vollziehen, wenn
der Wille des Volkes sich überzeugend gegen sie ent-
scheidet?

Englische Notarise.

Einfuhrverbot ohne Verbote.

London, 17. November.

Am Mittwoch wird voraussichtlich die neue englische
Regierung dem Unterhaus einen Gesetzentwurf vorlegen, der
dem Kabinett weitgehende Vollmachten zur Durchsetzung der
Einfuhr geben soll. Das Kabinett soll ermächtigt werden,
Fälle bis zu 100 Prozent vorzusehen, wodurch faktisch ein
Einfuhrverbot für bestimmte Güter geschaffen würde,
ohne daß nach außen hin Einfuhrverbote in die Erscheinung
treten.

Die Regierung glaubt offenbar, daß sie auf dem Wege
der Notarise schneller zum Ziele kommt, und vor allen
Dingen, daß sie damit ein beweglicheres Instrument in der
Hand haben wird, wenn sich die zwar in der englischen
Presse sehr lebhaft zugute getreten, durch die Tatsachen
aber noch keineswegs in die beherrschende Stellung be-
stimmten Befürchtungen einer Überbeschränkung Englands mit
ausländischen Waren erfüllen sollten. Auch die liberalen
Kabinetmitglieder haben in der Kabinettsitzung, in der
der Gesetzentwurf vorbereitet wurde, ihre Zustimmung zu
dem Notarise gegeben, vielleicht in der Hoffnung, daß durch
die Vermeidung einer einmündigen Zollgesetzgebung
auch gewisse Vorurteile mäßig bleiben würden.

Englands Handelspolitik

Fernhaltung fremder Fertigerwaren. — Wertfälle bis zu
100 Prozent.

London, 17. November.

Der englische Handelsminister Runciman sprach im
Unterhaus über die Handelspolitik Großbritanniens. Er
stellte zunächst fest, daß die Krisis trotz der Wahl weiter-
hin fortbauere. In Bezug auf das Stillhalteabkommen be-
merkte er, daß wohl seit September einzelne Wechsel zu-
rückgezahlt wurden, daß aber England bei Ablauf des Still-
halteabkommens von Deutschland immer noch sehr große
Beträge zu erhalten habe. Wenn nicht annehmliche Schritte
unternommen würden, würde das kommende Jahr das
schlimmste sein, das die britische Industrie je erlebt habe.

Die Regierung sei zu dem Entschluß gekommen, daß es
der beste Weg sei, um anormalen Einfuhren sofort zu be-
gegnen, das Handelsamt zur Erhebung von Wertfällen bis
zu 100 Prozent auf gewisse Waren zu ermächtigen. Land-
wirtschaftliche Produkte würden davon nicht betroffen sein,
vielmehr würden sich die Wertfälle zum überwiegenden
Teil auf Fertigerwaren beziehen.

Am weiteren Verlauf seiner Rede ging der Minister
auf die Rückmeldung ein, die die deutschen Re-
parationszahlungen auf den britischen Handel und
die britische Industrie gehabt haben.

Die Aebnahme von etwa 350 deutschen Schiffen für
England ist faktisch der erste Schlag für die englische
Schiffbau-Industrie gewesen.

Es seien Fehler begangen worden, für die England nun-
mehr zu zahlen habe. England lie für Reparationen, und
Kriegsschuldenzahlungen in Europa als Ausgleichsleistung be-
nutzt werden. Als dann erst einmal Geld aus Deutsch-
land herausgefließen war, lie das gesamte deutsche Wirtschaft-
gebäude zusammengebrochen. Kriegsschuld- und Re-
parationszahlungen seien einseitige Transaktionen. Sie hätten
einen direkten Einfluß auf die Währung ausgeübt.

Gegen Frankreichs Politik.

Eine amerikanische Stimme zur Schuldenfrage.

Newport, 18. November.

Die Zeitschrift „Commercial Finance Chronicle“ er-
örtert die Notwendigkeit äußerster Vorsicht bei weiteren
Finanzopfern in der Kriegsschuldenfrage seitens der Ver-
einigten Staaten angesichts der Depression und des Budget-
defizits.

Überdies lie die Schuldenerleichterung einiger alliierten
Länder lo etwas wie eine Farce, wie namentlich der Fall
Frankreichs zeige, das bei der Verhandlung über das Schul-
denabkommen seine Hauptaufgabe der bescheidenen Bereitwillig-
keit in die Waagschale geworfen und infolgedessen vortell-
hafte Bedingungen erreicht habe, weit bessere als Eng-
land. Indessen habe sich herausgestellt, daß Frankreich eines
der reichsten Länder der Erde lie und derart umfangreiche

Auslandsguthaben unterhalte, daß es durch ihre Zurück-
ziehung erst Deutschlands finanzielle Stabilität zu unter-
brechen vermocht habe, dann die Englands und kürzlich
gleichzeitig sogar die der Vereinigten Staaten bedroht habe.
Nun solle dieses Land von seinen Zahlungen an die Ver-
einigten Staaten befreit werden!

Grandi in Washington.

Italiens Mitarbeit am Allgemeinen.

Washington, 18. November

Grandi gab nach dem Besuch, den er Präsident Hoover
abstattete, die Erklärung ab: Ich sehe meinen Bespre-
chungen mit Hoover und Stimlin mit größtem Interesse
entgegen. Hoovers Initiative im Juni war der Auftakt zu
weiterer diplomatischer Tätigkeit und zu der Auffor-
derung an die Welt, daß man zu gemeinsamer Arbeit zu-
sammenkommen müsse. Wir haben Canals Washingtoner
Besuch mit größter Anteilnahme verfolgt und betrachten
seine tiefen Unterredungen als Ermächtigung zu einer all-
gemeinen Zusammenarbeit.

In Situationen wie der gegenwärtigen fühlt man, daß
das Heil der einen das Heil aller Nationen ist und daß das
Anglied eines Landes nie zum Glück eines anderen aus-
schlagen kann. Alle Länder interessieren sich einmü-
tig und verbunden. Ich bin ein Glied in dieser Kette und
komme hierher, um Italiens Mitarbeit am Allgemeinen
anzubieten.

Am allgemeinen wird der italienische Außenminister
bei weitem herfürger begrüßt als feinerer Lavall.

Verständigung mit Orash.

Im Verlauf einer Unterredung, die 25 Minuten dau-
erte, fand der italienische Minister des Auswärtigen und
Senators Orash zu einer vollen Verständigung über die Fragen
des internationalen Politik gelangt.

Orashs Stellungnahme zu Gunsten einer Revision des
Versailler Vertrages und einer Annäherung der Repara-
tionen und Kriegsschulden bildete die gemeinsame Grund-
lage für den Gedankenaustrausch.

Deutsche Tageschau.

Stellt deutsche Landarbeiter ein!

In einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister betont der
Gewerkschaftsrat, daß die Statistik der Reichsanstalt für Arbeits-
vermittlung und Arbeitslosenverflechtung erkennen lasse, daß selbst
zur Zeit der besten Arbeitslosen in der Landwirtschaft mehr als
doppelt so viel qualifizierte deutsche Landarbeiter arbeitslos waren,
als polnische Wanderarbeiter zugewandert wurden. Der Gewerks-
schaftsrat hebt hervor, daß die Lage des landwirtschaftlichen
Arbeitsmarktes die Zulassung auch nur eines einzigen polnischen
Arbeiters nicht mehr rechtfertige. Der Reichsarbeitsminister müsse
diesem allgemeinen Standpunkt Rechnung tragen.

Ladeninhaber und „Rote Winterhilfe“.

An einer deutschlandischen kleinen Anfrage im Preussischen
Landtag wird befragt, daß die Polizei für die Ladeninhaber, die
im Zusammenhang mit der Sammelaktion der „Roten Winter-
hilfe“ möglicherweise Sachbeschädigungen ausgeübt seien, falls sie
keine Beiträge geleihnten, nur gutgemeinte Ermahnungen übrig habe.
Vom Berliner Polizeipräsident wird dazu erklärt, daß die Polizei
eine antische Warnung vor der „Roten Winterhilfe“ erteilt und
die Ladeninhaber auch prima genante worden. Darüber hinaus seien
von der Polizei alle nötigen Vorkehrungen getroffen worden, um
die Ladeninhaber vor Ausfreitungen zu schützen.

Schulabbau und Gemeindefinanzien.

Der Verband der Preussischen Landgemeinden hat das
Staatsministerium gebeten, anzuordnen, daß der Abbau plan-
mäßiger Schulstellen für die Schuterverände (Gemeinden) die so-
fortige Freistellung von den Beiträgen zur Bundesfinanz zur
Folge hat, daß mangelnde Mittelstellen als solche bei der Beitrags-
berechnung berücksichtigt werden und daß die staatliche Leistung
an Bundeszulage und Ergänzungszulage nicht etwa dadurch
vermindert wird, daß eingezogene Schulstellen von der Zahl der
staatsbeitragsberechtigten Schulstellen abgelegt werden. Der Ver-
band hat gebeten, die Regelung notfalls im Wege der Verord-
nung vorzunehmen.

Die einjährige Rüstungspause in Kraft getreten.

Genf, 17. November. Der Generalkonferenz der Bälte-
bündner liegt offiziell mit, daß die von der letzten Bälte-
bündnerkonferenz beschlossene einjährige Rüstungspause in
Kraft getreten ist und zwar mit Wirkung vom 1. November
dieses Jahres ab. Dem Vorschlag haben nahezu 50 Staaten
zugestimmt.

Die Klingel an der Haustür ertönte laut durch das
Haus. Sie horchte auf: Was oder wer kommt das sein?

Nach wenigen Minuten brachte der alte Diener einen
Korb und übergab ihn Jule. Sie wartete nicht auf den
Polkeinsatz und zuckte leicht zusammen. Er kam von den
Grenzen des Reiches, aus Oberitalien, und auf der Rück-
seite des Umschlages prangte ein großes, goldenes Wappen.
Schnell schritt sie den Umschlag auf und zog den Brief
heraus; er war mit einer großen, heißen Schrift bedeckt.
Sie überflog die erste Seite und ließ dann einen Zabel-
laut aus: „Enchid, endlich!“

„Was ist endlich, Jule?“ fragte Frau Römer, die ge-
samt ihrer Tochter Mienchen gelacht war.

Da sprang Jule auf und schlang beide Arme um die
Mutter Hals:

„Enchid ein: Julage, Mütterchen, und zwar unter den
glänzendsten Bedingungen. Du weißt, daß ich mich auf ein
General getraut habe. Eine Gräfin Linar auf Tawreau
hatte ein Erbschaft für ihre beiden Töchter. Hier ist die
Antwort.“

Frau Römer, die über diese Nachricht keineswegs so
erfreut wie ihre Tochter war, hat sie, den Brief vorlesen.
Und Jule begann, Der Stil war leich, harmlos und von
oben herab:

„An Anbetracht Ihres guten Zeugnisses will ich es
einmal mit Ihnen versuchen.“ Iriedie die Gräfin. „Auf
das Lehrentinnen kommen lege ich Ihnen besonderen Wert,
wenn nur die nötigen Kenntnisse vorhanden sind. Ich
hoffe jedoch bestimmt, daß Sie nichts von Ihren eman-
zipierten Ideen mit dem Schloß Tawreau dringen wer-
den. Meine Kinder sollen gemäß den Traditionen ihrer
Vorfahren erogen werden. An Gehalt bewillige ich
Ihnen 1500 Mark und werde es, wenn Sie meinen An-
sprüchen genügen, entsprechend erhöhen.“

„Aufgehört unterdacht!“ unterbrach Jule ihr Wor-
ten. „Die: Stelle muß ich annehmen und wenn sie in
Sinterpoolin liegt.“

(Fortsetzung folgt.)

JULIE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchert

15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Sie dachte viel darüber nach, auf welche Weise lie selbst
diesen Wandel herbeiführen konnte, und ihre Entschluß
war bald gefaßt. Sie beschloß, in ihrer Kraft und Ausdauer,
einen reichen Schatz an Kenntnissen; sollten diese nicht
verwertet werden können?

Mutter und Bräutigam wollten zwar anfangs nichts
von ihren Plänen wissen. Aber endlich fühlten sie sich doch
von ihren Vorstellungen besiegt und stimmten ihrem Vor-
haben bei. Alle wollte eine Stellung suchen, die ihren
Kenntnissen und Fähigkeiten entsprach. Aber leider hatte
sie mit ihren Verbindungen nicht wenig Erfolg. Darunter
Stellen, die für sie gepaßt hätten, waren sämtlich be-
setzt und vergeben und so blieb ihr schließlich nichts anderes
übrig, als sich um eine Stellung als Erzieherin zu be-
werben.

Sie hatte zwar kein Lehrerinnenexamen gemacht,
aber, was in ihren Augen mindestens auf derselben Stufe
stand, das Attestum, und hatte in diesem Zusammenhang
zu kommen. Wie sehr sie sich in dieser Annahme getäuscht
hatte, mußte sie bald erfahren. Auf ihre Bemerkungen
erhielt sie entweder gar keine Antwort oder einen abschla-
gigen Bescheid, denn stets das Bemerkte hinzugefügt war,
daß man das Lehrerinnenexamen verlangte. Man hielt
also die Kenntnisse einer Abiturientin für anders, als sie an
höheren Lehrstellen und hatte wenig Erfolg. Darunter
auch einengigter genug, keine Kinder nicht einer Schichtin,
also einer emanzipierten Frau anvertrauen zu wollen.

Gegenwärtig und Karlsruher der guten Zeiten fehlte
sie ihren alten unerschütterlichen Gleichmut entgegen.
Sie hatte schon daran gedacht, Heinz das Jawort zu-
rückzugeben, da sie ihm nichts in die Ehe bringen konnte,
aber er selbst noch keine feste Anstellung besaß, aber sie
machte in dieser Zeit mehr als früher die Beobachtung, daß

er lie heiß und innig liebe und nichts nach ihrem Reichum
gefragt habe. Ihm von einer Trennung zu sprechen, er-
lösten ihr darum graulich und hart. Sie waren beide nach-
lung und konnten warten, bis sich die Verhältnisse ge-
bessert hätten.

Von dem Bankier Römer fehlte noch immer jede
Spur, trotz der eifrigsten Nachforschungen der Polizei.
Wahrscheinlich war er ins Ausland geflohen, das ihn, wie
er selbst gestanden hätte, nicht ausliefern würde. Von den
noch vorfindenden Geldern wurden zwei Prozent an die
Gläubiger verteilt, eine Entschädigung, die kaum zu rech-
nen war und auf die Frau Professor Römer von vornherein
zu Gunsten Armerer verzichtete. Besonders den armen
Proturisten hatte es schwer getroffen. Er war hellentst
und bewohnte mit seiner gleichfalls alternden Gattin ein
Mandantenstübchen, das kümmerlich durchs Leben schlugend.
Wer wollte auch den alten Mann antehlen, wo es jüngere
Kräfte im Haushalt gab und der allgemeinen Arbeits-
losigkeit herrschte. Sie ging oft hin und suchte durch kleine
Unterstützungen wenigstens die äußerste Not zu lindern.
Hierbei allein empfand lie den Schmerz über ihre eigene
Armut, die es ihr nicht gestattete, besser und reicher zu
unterstützen.

4. Kapitel.

So lagen die Verhältnisse, als die Familie Römer mit
Heinz Waldow in ihrer Mitte eines Abends an dem Tisch
im behaglichen Wohnzimmer saß. Im Kamin brannte ein
lütliches Feuer, denn die Sonne, die am Tage einen Vor-
schnehma vom Frühling gegeben hatte, war untergegangen
und hatte die alte Winterkälte in den Räumen zurückgelas-
sen. Das Kaminfeuer aber verbreitete eine behagliche
Wärme.

Frau Professor Römer und die alte Großmutter ar-
beiteten fleißig an für den Hausstand nötigen Gegenstän-
den. Sie lag mit in den hoch verstickten Säulen und
lächelte oft auf das Kind, das die Herstellung des
Geldrentenreites. Der unbekante Gelehrte hatte seinen
Ansichten in einer neuen Broschüre Ausdruck gegeben. Es
war eine Antwort auf Heinz' Erwiderung, aber er wich da-
rin nicht um Haarsbreite von dem einmal Gesagten ab.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 19. November 1931.

Kemberg wählt ein neues Stadtoberhaupt.

Nach dem Wegzug des Bürgermeisters Dieze nach Goldberg trat an die Stadtvorordneten die Notwendigkeit heran, ihm einen Nachfolger zu geben. Zahlreich liefen auf die Ausschreibung die Bewerbungen ein, die die Stadtvorordneten zu sichten hatten. Jedoch nur einer kam gewählt werden. So ging eine Abfrage nach der anderen wieder hinaus bis 6 Bewerber übrig blieben, die in einem Vortrage den Stadtvorordneten ihr Programm entwickelten. Aber je kleiner der Kreis, je schwieriger wurde den Stadtvorordneten die Entscheidung, denn bei allen wurden gute empfindliche Seiten festgelegt, jedoch auch Seiten, die diesen oder jenen Stadtvorordneten ablehnten, sich für denselben einzusetzen. Für die Wahl wurden nunmehr nach langen Verhandlungen drei Bewerber in die engere Wahl gestellt, für die sich am Dienstagabend die Stadtvorordneten entschieden sollten. Die Mehrheit der Stimmen erhielt der Geschäftsführer Alfred Gerber aus Halle, der nach erfolgter Bestätigung durch die Regierung und Regelung der Anstellungsfragen 12 Jahre die Geschichte der Stadt leiten soll. Es ist ein veranwortungsvolles Amt, das die Stadtvorordneten einem doch immerhin unbekanntem Manne in die Hand geben. Manches sind schon in diesem Amt gefordert, manche haben unter Bekennung der realen Wirklichkeit ihre Gemeinden dem finanziellen Zusammenbruch entgegengeführt, manche haben es nicht verstanden, ausgleichend auf die auseinanderstrebenden Kräfte einzuwirken. Zum Ruhme unserer Stadtvorordneten können wir feststellen, daß dem neuen Bürgermeister ein sehr geordnetes Gemeinwesen übergeben werden kann. An ihm wird es liegen, es in dem gleichen Sinne weiterzuentwickeln. Keinem zur Freude, keinem zu Leide, alles für die Gemeinde und ihre Bürger, dann wird ihm die Anerkennung der Bürgererschaft gewiss sein.

*** Lehrerwechsel an der hiesigen Schule.** Anfolge Einparung einer planmäßigen Lehrstelle ist Lehrer Paul Schröder mit Wirkung vom 1. Dezember ab an die Schule Bergwitz versetzt. Der dortige Junglehrer Siegmund wird aufwärtsreise hier beschäftigt.

*** Die Nöte unserer Jugend.** Am Totenintertag kommt in den Schützenhaus-Vorstellungen der neue Willkommensfilm der Bagerischen Jungmädchenschaft „Das gottlose Mädchen“ zur Aufführung. Dieser Film, der von dem amerikanischen Meisterregisseur Cecil U. de Mille gedreht wurde, bringt die Nöte unserer Jugend, die Kämpfe des heranwachsenden Geschlechts, dessen überhäufende Kräfte sich gegen jede Tradition auflehnen — diese große Aufgaben, die sich für Eltern und Kinder, für Erzieher und Pädagogen als neues Problem aufwerfen werden hier in einer anerkennenden Handlung formuliert. Trotz der packenden, realistischen Darstellung konnten die beherrschenden Stellen den hohen Wert dieses Filmes nicht verleugnen. In einer Sitzung vom 4. November d. J. wurde „Das gottlose Mädchen“ ausdrücklich als vorkommend anerkannt.

Straßfäll für Mißachtung der Straßenpolizeiordnung. Der städtische Oberleutnant W. war mit seinem Schwager E. auf einem Motorrad nach Wahren gelahren. In einer Straßenkurve vor Götzenbauen kam dem Motorrad, das vordrängend rechts fuhr, ein fährliches Fahrzeug entgegen, das der junge Landwirt M. lenkte. Die Straßfällung ergab, daß M. vordrängend auf der linken, d. h. auf der rechten Seite wie das Motorrad fuhr. Als beide Fahrzeuge nur noch 58 Meter voneinander entfernt waren, bogen sie aus, nachdem das Motorrad seine Geländebreite auf 30 Kilometer in der Stunde ermäßigt hatte. Beide Fahrzeuge stießen zusammen. Dabei stürzte der Oberleutnant W. mit dem Kopf gegen einen Baum, der Sturz hatte seinen Tod zur Folge. Die Strafkammer verurteilte den jungen Landwirt M. zu 100 Mark Geldstrafe, weil er durch sein rechts-widriges Fahren gegen die Vorschriften des Reichsstraßenverkehrs- und die Straßenpolizeiordnung vom 17. Dezember 1928 verstoßen und den tödlichen Unfall herbeigeführt habe. M. habe nicht sorgfältig auf den Weg geachtet, lie auf der falschen Straßenseite gefahren, habe sich oft umgesehen und lie dann zu spät nach der richtigen Straßenseite abgelenkt. M. habe das Motorrad schon in einer Entfernung von 90 Metern sehen können, hätte mithin schon früher nach der rechten Straßenseite abbiegen müssen. M. habe grob fahrerlich gehandelt und den Tod des Oberleutnants W. herbeigeführt, indem er beim Fahren seines Führers die erforderliche Sorgfalt außer acht gelassen habe. Die Entscheidung steht M. ohne Erfolg durch Revision beim Landesgericht an, das die Revision als unbegründet zurückweist.

Gründliche Lösung von Schwerefällen im Konkursfall. Mit Urteil vom 13. Juni 1931 Dr. W. B. 672/30 hat sich das Reichsarbeitsgericht der Auffassung angeschlossen, daß der § 22 der Konkursordnung, betreffend die vorzeitige Lösung von Dienst- und Arbeitsverträgen im Konkursfall, sinngemäß auch auf die Behrverträge Anwendung findet, so daß nach Ansicht des Reichsarbeitsgerichts wegen des Fehlens gesetzlicher Kündigungsgrenzen für Behrverträge an die Stelle der „gesetzlichen Kündigungsgrenze“ im Sinne des § 22 der Konkursordnung die freiwillige Kündigung tritt. Demnach kann also im Konkursfall über das Vermögen des Behrherrn nach Ansicht des Reichsarbeitsgerichts der Konkursverwalter die von dem Konkursgläubiger vor der Konkursöffnung abgeschlossenen Behrverträge fristlos aufkündigen.

— Bevolter Betrieb von Losen. Neuerdings verleiht die Firma C. C. Regall in London EC. 2 61 Ceap. die Lose der Bevolter-Lotterie „Ärliche Sweepstake“ an staatliche Lotterien-Gesellschaften, vermocht auch an Lotteriegesellschaften, zum Weiterverkauf anzubieten. Ferner läßt die Brooms International-Sports-Association, Handels-AG, sich Danzig-Joppot, Privatpersonen im Deutschen Reich Angebote zum Bezuge von Losabschnitten für das Englische Derby 1932 zugehen. Die Polizei warnt vor diesen Lotterien, da sich nicht nur der Verkäufer, sondern auch der Spieler strafbar macht.

Oben. (Autosulammenstoß auf der Muldenbrücke.) Ein Zusammenstoß zwischen zwei Personenkraftwagen ereignete sich gestern vormittag 10¹⁵ Uhr auf der Muldenbrücke der Kraftwagen des Dr. Rich aus Wölzig-Ehrenberg die Straße von Wollme nach Passfurt, verurteilte ein entgegenkommender Bus unbedenklich um die Verkehrssicherheit, die dem Zweck einzuhalten Fußgänger des Verkehrsrechts gibt, vorbeizugehen. Dabei fiel es gegen den Koffler

des ersten Wagens und beschädigte ihn nicht unerheblich. Der Wagenführer, ein Prantler namens Eduard Gerber, hatte, wie sich bei der polizeilichen Untersuchung herausstellte, das Warnungsschild am Brückenende nicht lesen können, weil er die deutsche Sprache nicht beherrschte. Seine Mitfahrerin, eine Gräfin Negis aus Olvera, leitete dem Eigentümer des beschädigten Wagens bereitwillig den verlangten Schadenersatz in Höhe von 400 RM.

Wellaue, 16. Nov. (Schuß durch Fenster.) Am Freitagabend gegen 7 Uhr lösten die Bewohner des Hauses Döhliger Straße 24 einen lauten Krach, konnten aber die Ursache nicht feststellen. Erst Samstagabend entdeckte der Vater W., daß sich im Stubenfenster und dem davor befindlichen Goldschrank ein Loch befand, das nur von einem Schuß herrihren konnte. Da den am Sonntag angestellten Ermittlungen des Oberlandjägers K. fand sich auch wirklich auf dem Fußboden eine 9-mm-Zehndingel. Man ist dem gefährlichen Schützen auf der Spur.

Köthen, 14. November. „Es geht alles nach der Reihe!“ Es waren wohl acht oder neun Altrentner versammelt, die bei der Einladung der Herrschaften Folge geleistet und sich auf einer Bank im Park versammelt hatten. Einer von ihnen hielt eine scharfe und humorvolle Rede an seine anhängigen Zuhörer über „Politik“. Keiner wagte zu unterbrechen, doch plötzlich wurde es einem zu viel. „Nun hör mal auf! Du brauchst dich gar nicht so anzufressen, das kommt alles so, was das kommen soll, daß auf“, und er nahm seinen Krüstock und schrie in den Saal, wie feinerseit der Alte J. nach der Schicht bei Kolln, das Wort: „Krieg.“ „So, nun guck mal alle hin. Das K. freiden wir durch, das heißt „Krieg“, den haben wir gehabt. Dann kommt der nächste Buchstabe r, den freiden wir durch, das heißt „Revolution“, und die haben wir auch gehabt. Dann kommt i, freiden wir auch durch, das heißt „Inflation“, haben wir auch gehabt. Dann kommt e, das heißt „Erwerbslose“, die haben wir jetzt, und wenn wir die los find, dann kommt g, das heißt „gut“ und bedeutet „gute Zeiten“, und daß sie bald kommen, darauf könnt ihr euch verlassen, denn ihr lebt ja, es geht alles nach der Reihe.“

Größenhainer Erwerbslose vor dem Schöffengericht. Halle. Vor dem Schöffengericht Halle begann am Montag eine Verhandlung gegen 23 Erwerbslose aus Gr a f e n h a i n e n, die wegen Aufbruch, Landfriedensbruch, Körperverletzung, Beleidigung und Würgung angeklagt waren. Am 21. Mai d. J. war in Größenhain eine Erwerbslosenversammlung einberufen worden, um zu den Abzügen Stellung zu nehmen, die das dortige Wollfabrikant bei den Erwerbslosen vorgenommen hatte. Am Anführer an diese Versammlung, die hier aufgezogen verließ, befanden sich 250 Personen nach dem Rathaus, wo sie aber keinen der verantwortlichen Magistratsmitglieder antrafen. Hierauf begab sich ein Teil der Demonstranten zu dem Magistratsassessor S c h r i e r, den sie eruchten, die Maßnahmen des Magistrats vor den Erwerbslosen zu rechtfertigen. Auf dem Wege nach dem Versammlungsort wurde der Wollfabrikant gemäßhandelt. Drei andere Erwerbslose wurden den Bürgermeistern, der trant zu Hause lag, in seiner Wohnung auf. Als er ihnen die Erklärung abgab, daß die Kürzungen wieder rückgängig gemacht werden, begaben sie sich wieder zurück. Von den Angeklagten behaupten nunmehr die meisten, sie seien damals durch Zufall unter die Demonstranten geraten und hätten sich entweder gar nicht oder nur in harmloser Weise an den weiteren Handlungen beteiligt. Für die Gerichtsverhandlung find drei Tage vorgezogen.

Polizei-Kommissar wegen Beleidigung vor Gericht. Wittenberg. Ein früherer Polizeikommissar aus Sch m i e b e r g leit den preußischen Militärpräsidenten B r a u n, den preußischen Innenminister S e o e r i g sowie Beamte der Wittenberger und Schmiedeberger Polizei in einer nationalsozialistischen Versammlung öffentlich beleidigt haben. Am heutigen Dienstag hat er sich deshalb vor dem Wittenberger Schöffengericht zu verantworten.

Das Schicksal der Kalwerle. Ufersleben. Wie die Verwaltung der Kalwerle mittels, haben weitere Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Ufersleber Kalwerlebetriebes nicht stattgefunden, da die Situation infolge des nachlassenden Kaliabzuges völlig unübersehbar geworden ist. Der Wollfabrikant bis 31. Oktober d. J. in Löschmühlener Saal, der vornehmlich zum Wert Ufersleber produziert, hat, bevor er gegen die kalten Wollfabrikant weniger als 34 Prozent. Doch auch für das Jahr 1932 mit einem Nachlassen der Absatzmöglichkeiten nicht zu rechnen ist, könne eine baldige Wiederaufnahme des Betriebes nicht in Aussicht gestellt werden, zumal die Ufersleber Kalwerlegruppen noch erhebliche Vorräte enthalten. Es könne nicht geäußert werden, daß die verändernden Wollfabrikanten infolge der Wollfabrikanten nach jeder einen Zwang zur Abgabe der Ufersleber Betriebe und zur Aufgabe des Betriebes Ufersleben ausüben werden.

Die beiden Kinder mit Gas vergiftet. Dösta bei Saale. In der Nacht zum Dienstag hat sich in Dösta eine jugendliche Familienkatastrophe ereignet. Wie die Schenkenmutter des Wänters F r a t e Dienstag morgen gegen 12³⁰ Uhr bei der Wohnung betrat, nahm sie starken Gasgeruch wahr. Jede hatte den Gasstahl geöffnet, um mit seinen beiden Kindern aus dem Leben zu scheiden.

Die Kinder, ein zwölfjähriges Mädchen und ein vierjähriger Junge, wurden tot in ihren Betten aufgefunden, während der Mann ins Leben zurückgerufen werden konnte. Er wurde ins Krankenhaus übergeführt. Jede dürfte aus Verzweiflung über den Verlust seiner Frau die Tat begangen haben.

Überfall auf einen Reichsbahngelasteten. Querfurt. Der Reichsbahngelastete B o r t vom Amt-Regt. 11 in Leipzig wurde auf dem Wege von Querfurt nach Koderleben von drei Männern überfallen, von denen einer zwei Schüsse auf ihn abgab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Der Gefreite wehrte sich mit seinem Seitengewehr und es gelang ihm, die Angreifer in die Flucht zu schlagen. Eine Ergreifung war bisher nicht möglich.

Schönebeck S.-A.-Heim polizeilich geschlossen. Schönebeck (Elbe). Die wiederholten politischen Ausschreitungen in Schönebeck haben den § 8 auf Veranlassung der Polizeipräsidenten des S.-A.-Heim in Schönebeck geschlossen worden ist. Die Schließung stützte sich auf § 7 der Notverordnung vom 9. Oktober 1931, wonach dann, wenn Befürchtungen vorliegen, daß vom Heim als Verhandlungsmitteln und Stützpunkte für Gewaltmaßnahmen dienen.

deren Schließung angeordnet werden kann. Diese Schließung des S.-A.-Heims in Schönebeck bedingt auch, daß die von der S.-A. durchgeführte Spelung aus der Häftlingsliste des S.-A.-Heims eingeleitet werden muß.

Sachsischen Handwert für Wänter der Regiebetriebe.

Dresden. Angehts der nach zunehmenden Wirtschaftslage hat der Kantenausfluß des Sachsischen Handwertes sich erneut an das Sachsisches Gesamtministerium und Wirtschaftsministerium gemandt, damit wirksame Maßnahmen, gegebenenfalls im Notverordnungsweg, gegen die regierungswirtschaftlichen Betriebe bei Staat und Gemeinden, ausgenommen die sogenannten Versorgungsbetriebe, getroffen werden. In einer Zeit, wo zahllose Gewerbeunternehmungen den wirtschaftlichen Untergang täglich vor Augen haben, ist der sofortige Abbau der erwerbswirtschaftlichen Betriebe der öffentlichen Hand eine unentbehrliche Notwendigkeit; und zwar besonders im Interesse einer Entlastung der öffentlichen Finanzen, weil Regieunternehmen aller Art die Leistungsfähigkeit der privaten Wirtschaft zerstören und damit auch die Steuerquellen verstopfen. Ein zügiges Vorgehen lie nicht mehr am Plage. Endlich müßten die Behörden in Reich, Ländern und Gemeinden einsehen, daß sie mit dem Untergang des gewerblichen Mittelstandes auch selbst aufs höchste gefährdet seien.

Cholerafälle im Grimmlahner Krankenhaus?

Grimmlahne. Nach einer Mitteilung des Stadtrats wurde am 8. November in das Grimmlahner Krankenhaus aus Frankenshausen ein Patient mit Choleraverdacht eingeliefert; er starb in der darauffolgenden Nacht unter verdächtigen Erscheinungen. Es wurden sofort die nötigen Vorkehrungen und Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Außerdem wurde Material zur Unterbringung an das Pathologische Institut des Krankenhauses Jüdau und an das Landes- und Kreisgesundheitsamt gesandt. Das Ergebnis der Section und der Untersuchungen bestätigte den Choleraverdacht nicht. Einige Tage nach der Entlassung des Patienten erkrankte die Schwester, die ihn gepflegt hatte, unter ähnlichen Erscheinungen. Auch in diesem Fall wurden die gleichen Vorkehrungen und Untersuchungsmaßnahmen ergriffen wie im ersten Fall. Die Sperre wurde vorläufig länger außer Acht gelassen, aber am Sonnabend aufgehoben. Die bakteriologischen Untersuchungen hatten auch im zweiten Fall ein für Cholera negatives Resultat. Die Schwester wurde vom Wege der Wiederherstellung. Weitere Kranke mit ähnlichen Krankheitserscheinungen sind dem Krankenhaus nicht zugeführt worden. Worauf die Erkrankungsfälle zurückzuführen sind, ist noch nicht geklärt.

Die Betrügereien bei der Ortskrankenkasse in Düsseldorf. Der Vorstand der Kriminalpolizei hat ein Düsseldorf-Verdacht, der Ortskrankenkasse festgenommen worden war, das Gesundheitsamt abgelehrt, durch fingierte Rechnungen von der Kasse Geld ohne die entsprechenden Leistungen eingezogen zu haben. Er wurde daraufhin dem Richter vorgeführt, der seine sofortige Verhaftung anordnete. Ferner wurden noch drei Verdächtige wegen dringenden Verdachts festgenommen, durch fingierte Rechnungen ähnliche Betrügereien an der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Düsseldorf begangen zu haben.

Finanzierung der Erwerbslosenhilfe

Von Arbeitserleichterung werden jetzt Zahlen über die Lage der Erwerbslosenhilfe verbreitet, die eine zusammenfassende Gesamtübersicht geben und die nach den bisher bekanntgewordenen einzelnen Daten im wesentlichen zutreffen dürfte. Die Situation der drei verschiedenen Zweige der Erwerbslosenhilfe stellt sich danach folgendermaßen dar:

I
Der Gesamtumfang der Arbeitserleichterung für den Zeitraum der kommenden sechs Monate wird im Durchschnitt mit 5,8 Millionen geschätzt, der Höchststand im Februar mit 6,5 Millionen eingeleitet. Man rechnet weiter damit, daß 16 Prozent aller Erwerbslosen keine Unterstützung erhalten werden. Es blieben also dann 4,85 Millionen Unterstützungsberechtigte übrig, und zwar im Durchschnitt der sechs Monate dieses Winters. Von ihnen hätten schätzungsweise

die Arbeitslosenfürsorge 1,62 Millionen
die Krisenfürsorge 1,7 Millionen
die Wollfabrikantenfürsorge 1,5 Millionen
zu betreiben

II
Der Gesamtumfang an für die sechs Wintermonate wird mit 17,85 Millionen Mark eingeleitet. Der Vermaltungsbedarf in dieser Summe enthalten ist, würde dabei (einschließlich der Kosten für Arbeitsvermittlung, Post- und andere Ausgaben) 165 Millionen in allen sechs Monaten betragen. Zu reinen Unterstützungsmitteln wären also insgesamt 1620 Millionen Mark aufzubringen und zwar:

in der Arbeitserleichterung 568 Millionen
in der Krisenfürsorge 571 Millionen
in der Wollfabrikantenfürsorge 486 Millionen

III
Der Etat der Arbeitserleichterung dürfte durch die jüngsten Einsparungen im wesentlichen ausgeglichen sein. Der Bericht hebt hervor, daß es sich dabei jedoch — wie gerade auch noch aus niederhöflich hervorgehoben — gerade in letzter Zeit teilweise nicht um echte Einsparungen, sondern nur um Umlegungen für die Reichsanstalt zu Lasten der beiden anderen Fürsorgezweige gehandelt habe. Schon bei der Krisenfürsorge ist die Situation wesentlich ungewisser, da die Kostenbedeutung hier vom Steuerertrahmen und vom pünktlichen Eingang des Gemeindefinanzanteils an den Kosten abhängig ist. Im weitesten gefaßt ist die Situation in der Wollfabrikantenfürsorge, die ganz auf den Schultern der Gemeinden lastet, von denen sich in nicht geringer Zahl beträchtlichen Schwierigkeiten befinden. Selbst unter Berücksichtigung der vom Reich bereitgestellten Mittel und der von den Städten schon getroffenen Sparmaßnahmen wird das Defizit der Wollfabrikantenfürsorge für das laufende Etatsjahr noch immer auf etwa 400 Millionen Mark geschätzt.

Neue Löhne für Mitteldeutschlands kommunale Fortarbeiter.

An Verhandlungen zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband öffentlicher Verwaltungen und Betriebe e. V. und den beteiligten Gewerkschaften sind die Löhne der beiden Mitgliedsverbänden beschäftigten Fortarbeitern mit Wirkung ab 1. November 1931 neu festgelegt worden. Nach der neuen Lohnregelung ermöglichen die im Spielplan der männlichen Fortarbeiter des Landesparlamentes B r a u n s c h w e i g und des herzoglichen Oberförstern B l a n n e n b u r g um 5 Pfennige und die Spielplan der männlichen Fortarbeiter der kommunalen Fortarbeiter Mitteldeutschlands um 4 Pfennige Fröhlich. Das neue Lohnabkommen kann mit vierwöchiger Frist erstmalig zum 31. März 1932 gekündigt werden.



Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 17. November 1931.

Anwesend sind 4 Magistratsmitglieder und 11 Stadtverordnete. Der Juborterrain ist voll besetzt.

1. Verlesung der letzten Niederschrift. Diese erfolgt ohne Einwendungen.

2. Kenntnisnahmen: a) von einem Vertrag mit der Autoline Anders, nach dem diese berechtigt ist, im Sommerhalbjahr die Strecke Schmiedeberg—Ogeln—Kemberg zu betreiben, b) von der Ueberweisung der Kreisbeihilfe in Höhe von 1795,26 RM für die Straßenbauarbeiten an der Dübener Straße, c) von der Ueberweisung der Beihilfen für die Pflasterung in der Leipziger Straße von der Provinz 3564,75 RM und vom Kreis 9333,— RM, d) von Kasienprüfungen, die ohne Einwendungen erfolgen.

3. Strompreise. Einem oft geäußerten Wünsche entsprechend wird von dem Elektrizitätsauschuß eine Ermäßigung vorgeschlagen, die sich auf alle Stromabnehmer erstreckt. Die Staffellung sieht folgende Ermäßigungen vor: bis 200 Kw. 2%, 201—400 4%, 401—600 6%, 601—800 8%, 801 und mehr 10%. Verrechnung Jahresende. Die Mindereinnahme beträgt 1100 RM für das Wert. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß diese Berechnungsart eine größere Mehrarbeit verurteilt, daß die kleinen Stromabnehmer keine spürbare Entlastung erfahren (pro Kw. $\frac{1}{10}$ Pfg.), daß ferner dem Gewerbetreibenden viel mehr gebietet ist, wenn er jeden Monat weniger zu bezahlen braucht, denn die aufzubringenden Gelder fehlen eben jeden Monat. Aus diesem Grunde schlägt er folgende Staffellung vor: bis 200 Kw. 45 Pfg. je Kw., von 201—500 42 Pfg., von 501—800 37 Pfg., von 801—1000 30 Pfg., über 1000 21 Pfg. Nach diesem Vorschlag würde eine Mindereinnahme von 2157 RM entstehen. Der 3. Vorschlag, Herabsetzung des Preises auf 40 Pfg., würde einen Einnahmefall von 3600 RM bedeuten. Von den Stv. Quinque, Ludwig, Schulze, Jäckel, Knele und Sen. Wünsche wird für den Vorschlag 1 gesprochen, weil damit allen eine kleine Ermäßigung zuteil wird und weil das Wert jetzt wieder eine größere Ausgabe zu leisten hat. Beigeordneter Kolbe und Sen. Schäfer sprechen für den Magistratsvorschlag, der dem um seine Erhaltung ringenden Gewerbe die größere Hilfe bringe. Der Magistratsvorschlag wird abgelehnt, der Vorschlag 1 der Kommission einstimmig angenommen. Weiterhin wird beschlossen, von der Stadt eine Kaufschulden für 2000 RM zu erheben für Verleumdung der städtischen Gebäude und der Straßen.

4. Erweiterung der Elektrizitätsanlage. Nachdem das Sachverständigengutachten eingeholt ist, ist mit den Arbeiten begonnen. Die Lieferung des Transformators ist der Fa. Bergmann zum Festpreise von 8600 RM übertragen, der

Bau des Transformatorhauses an den Mindestfordernden für 742 RM, das Legen des Kabels an den Straßen- und Tiefbau-Unternehmer Galander für rund 800 RM, vergeben. Die Gesamtkosten der Anlage belaufen sich auf 12—13000 RM. Stv. Heßler beantragt, daß die Pflasterarbeiten fortgesetzt gemacht werden sollen. Auf dem Markt sei bereits eine Senkung des Pflasters eingetreten, während dieser Mangel in der Leipziger Straße beim Legen des Postkabels nicht eingetreten sei. Stv. Quinque regt an, für die Erdarbeiten Kemberger Ausgeleierte zu verwenden. Er hätte gehört, daß Galander nur frächtige Leute einstellen will. Sen. Wünsche erklärt, daß in diesem Sinne bereits entschieden ist. Die Verammlung bemilligt die Kosten.

5. Verpachtung der Dreieckswiesen. Die Verpachtung hat einen Erfolg von 408,— M. erbracht, wesentlich weniger als bisher, jedoch noch über den Vorkriegsertrag. Die Verammlung erteilt den Zuschlag. Die Parzellen 2 und 3 werden R. Quinque und Schiele zum Preise von je 15,— M. verpachtet.

6. Weichlöcher zur Instandsetzung der Kirche. Vom Gemeindefiskus wird eine Beihilfe von 2—3000 M. erbeten. Der Magistrat schlägt 2000 M. vor, weil untere Kirche unter Denkmalschutz steht und eine der schönsten der Provinz ist. Ausgesprochen wird der größte Teil der Baukosten in Kemberg. Stv. Quinque spricht als grundsätzlicher Gegner gegen die Bewilligung. Er hält es nicht für notwendig, in dieser schweren Zeit einen derartigen Bau vorzunehmen. Ihm sei es gleich, ob die Kirche unter Denkmalschutz steht oder nicht. Wo jetzt so große Not sei, wäre es Wahnsinn, von der Gemeinde Geld zu bewilligen. Die Anträge auf Hilfe für Notleidende (Volksküche usw.) seien immer noch nicht erledigt. Sen. Heßler spricht für die Bewilligung, fordert aber, daß alle Arbeiten, die irgend- wie von Kemberger Handwerkern gemacht werden können, diesen auch übertragen werden und nicht wie bei der Fenstererneuerung der Aufzug nach auswärts geht. Mit 8 Stimmen werden 2000 M. bewilligt.

7. Holzanschlag 1931/32. Die Konjunktur auf dem Holzmarkt hat sehr nachgelassen. Während 1930/31 noch rund 30000 M. Einnahmen waren, kann für 1931/32 nur mit 12—13000 M. gerechnet werden, weil kein Abzug in Bau- und Grubenholz möglich ist. Es sollen daher nur Durchforstungen vorgenommen werden. Die Verammlung ist damit einverstanden.

8. Besetzung der Rämmerleihen-Kandidatenstelle. Nach Reklamierung des bisherigen Kandidaten Wünsche hat der Magistrat den Assistenten W. Hornauer gewählt. Die Verammlung erklärt sich einverstanden. Die Besetzungssache ist einem späteren Beschluß vorbehalten.

9. Bürgermeistereiwahl. Zur Geschäftsförderung stellt Stv. Quinque den Antrag, die Wahl zu vertagen, damit auch

dem erkrankten Stv. Richter die Möglichkeit der Stimmabgabe erhalten bleibt. Dem schließt sich Stv. Knaf an, da die Wahl auf Weßlers Schneide nicht und außerdem der Anstellungsvertrag noch nicht beraten ist. Beigeordneter Kolbe erklärt, daß auch mit Bürgermeister Dieze kein Vertrag abgeschlossen ist. Sen. Schäfer und die Stv. Knele und Ludwig erklären, daß erst nach erfolgter Wahl ein solcher aufgestellt werden könne, da bei jedem Bewerber die Bedingungen anders liegen. Weiterhin würde sich der Bezirksauschuß erst nach erfolgter Wahl zur Befolgsfrage äußern. Der Vertagungsantrag wird mit 8 Stimmen abgelehnt. Für die nun folgende Wahl werden 11 Stimmen abgegeben. Es entfallen

auf Geschäftsführer Gerber-Halle 6 Stimmen,
auf Oberstadtschreiber Haffe-Kemberg 2
auf Stadtschreiber Kraft-Wittenberg 2
Unbestritten 1 Stimmzettel.

Als Bürgermeister ist demnach im ersten Wahlgang Geschäftsführer Alfred Gerber aus Halle gewählt.

10. Stv. Ludwig erhebt den Magistrat, die Anstellung eines zweiten Nachwächters vorzunehmen, dem sich auch Stv. Gärtner anschließt. Dabei wird in Erwägung gezogen, ob der Posten des Friedhofswärters nicht von dem Amt des Nachwächters getrennt werden könne. Stv. Knaf hält dies nicht für möglich, da die Einkünfte zu niedrig seien. Allgemein ist die Ansicht, daß der Posten des Nachwächters an und für sich noch eine kleine Nebenbeschäftigung voraussetzt. Gewünscht wird aber allerorts, daß die Nachwächter ordnungsgemäß ihres Amtes walten sollen.

11. Vom Gemeindefiskus wird mitgeteilt, daß in Kürze die Belegung der Pfarrstelle wieder erfolgt. Aus diesem Grunde wird der Ausbau des Diakonats vorgeschlagen, in dem neben Vorrichtung der Zimmer Einbau einer Wasserleitung, Innenfloß und Baderraum empfohlen wird. Stv. Knaf schlägt die Kosten auf 3—4000 M. und lehnt die Bewilligung glatte ab. Es sollen erst die Eigentumsverhältnisse an dem Grundstück geklärt werden. Dem schließt sich alle Stadtverordnete an. Beigeordneter Kolbe erwähnt hierbei, daß diese Frage schon lange aufgeworfen ist, allerdings habe sich die Gemeinde Gommlo zur Tragung der Hälfte der Kosten bereit erklärt.

Hierauf geheime Sitzung.

Die Medaille der Reichsregierung an — Rathweiner verdienen. Die Spinnenausstellung in Dresden ist geschlossen. Unendlich viel hat sie uns gezeigt, unendlich viel haben wir in diesen zwei Sommern gesehen und gelernt. Auf allen Gebieten der Wissenschaft vom Menschen. Als wichtigstes vielleicht, daß Mensch, die bestmögliche menschliche Schöpfung verstanden ist, bis mit Rathweiner, dem Knapp-Beckhoffer, gemischt werden soll. So wird sie nämlich dreimal leichter verstanden. — Die höchste Auszeichnung, die überhaupt vergeben werden konnte, die Medaille der Reichsregierung, wurde Rathweiner verliehen — verdientermaßen, was man sagen ...

Nutzholzverkauf

der Oberförsterei Tormau bei Witten a. d. M., am 9. Dezember 1931 ab 10 Uhr im Heideberg in Tormau (Neuer Geschäftstag).

Grenzhäuser. (Joa. 95a (Schlicht) Nr.: 593 Stf. Vanab. 1b = 16 fm, 2a = 92 fm, 2b = 196 fm, 3a = 190 fm, 3b = 140 fm, 4a = 68 fm, 4b u. 5 = 19 fm; 297 Stf. Wölsch. 1b = 9 fm, 2a = 18 fm, 2b = 29 fm, 3a = 58 fm, 3b = 33 fm, 4a = 20 fm, 4b = 9 fm.

Berücksichtigung vorbehalten. Das Holz ist ca. 128jährig. Aufmaßlisten bei Bestellung bis zum 27. Nov., Versand am 29. Nov.

Schlachte eine junge Färsche

und verkaufe ab
Sonnabend früh 8 Uhr
Kochfleisch Pf. 65 Pfg.
Schmorfleisch Pf. 75 Pfg.
Otto Flemmig, Mittelstraße 2

Ein Kinder-Wagen

fast neu, billig zu verkaufen
Bergwig, Lindenstr. Nr. 45

Wermutwein $\frac{1}{4}$ Ltr. I.— Mk.
Frucht-Doktor $\frac{1}{4}$ Ltr. 0,95 Mk.
Tarragona $\frac{1}{4}$ Ltr. 1,30 Mk.
Samos $\frac{1}{4}$ Ltr. 1,40 Mk.
Malaga $\frac{1}{4}$ Ltr. 1,50 Mk.
Pepsinwein $\frac{1}{4}$ Ltr. I.— Mk.
Franzbrantwein $\frac{1}{4}$ Ltr. 1,80 Mk.
(ohne Flasche)
bei Rudolf Huhn

Spielkarten

empfiehlt Richard Arnold

Ischias-, Gicht- und Rheumatismuskranke
teile ich gern gegen 15 Pfg. Rückporto sonst kostenfrei mit, wie ich vor Jahren von meinem schweren Ischias- und Rheumatismuskranke in ganz kurzer Zeit befreit wurde
J. Stieling, Kantinenpächter, Frankfurt Oder 130, Jüdenstraße 6

Für die uns zu unserer Silberhochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit danken wir hierdurch herzlichst.
Kolonie Gniest im November 1931
Oswald Hanke und Frau

Schützenhaus

Sonntag, abends halb 9 Uhr
Das große Filmereignis, welches für jeden ein gewaltiges Erlebnis bedeutet

Das goldlose Mädchen

Der nicht zu übertreffende Meisterfilm des genialen Regisseurs Cecil B. de Mille: Ein Film von unerhörter Spannung aus einer amerikanischen Erziehungsanstalt, der Sturz im Treppenhaus, die gefährliche Flucht, die Verfolgung mit Spürhunden und Gewehren, der Brand des riesigen Anstaltsgebäudes, eine Reihe von atemberaubenden Ereignissen!

Ein gewaltiger Millionenfilm 12 Riesenakte
Außerdem Beiprogramm
Niemand versäume diesen Film
Keine erhöhten Preise

Die Feilschluß für das deutsche Haus!

Reicher, geistiger Inhalt
Beitrag des ersten Weltkrieges
Prachtvolle Bilder
Farbige Kunstblätter
Die billigste der vornehmen illustrierten Monatshefte

Der Türmer
Deutsche Monatshefte
HERAUSGEBER: DR. FRIED. CASTELLE

Jedes Heft über 100 Seiten
Preis nur 1,50
Besatz durch Buchhandlung und Verlag
Berlin S.W. 19.

Der Vorwille der gütigen Mütterchen!

Zum Totensonntag

empfehle

künstliche Blumen

in Papier und Wachs

Capblumen, Nelken, Chrysanthemen
Dahlien, Rosen, Bronze-Rosen, Secrosen, Callas, Camellen, Päonien,
Kranzaufgaben Ferner

Eichenlaub, Buchenlaub, Magnolienblätter, Lorbeerblätter,
Cycaswedel, Arecawedel, Adlerfarne, Alpenfarne, Ruskus.

Stative, weiß und farbig

Pilze - Hagebutten - Ilexbeeren
Schneebeeren - Schlehen - Eichen
Mohnköpfe - Rauhkarden - Zapfen
in verschied. Größen - Islandmoos

Steck- und Wickeldraht

Papier-, Schirting- u. Atlasband sowie fertige Schleifen.

Günstigste Bezugsquelle für Kranzbindereien

Rich. Arnold, Kemberg, Markt

1932

Delizischer Hauskalender
Lahrer hinkender Bote
Illustr. Haus- und Familientalender
eingetroffen bei

Richard Arnold, Kemberg
Leipziger Straße und Markt

† Zum Totensonntag gedenkt der Toten! Grabschmuck

in geschmackvoller Ausführung empfiehlt Richard Franz, Gärtner

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Aufführer Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 Mk. durch Polen ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 Mk. in den Landorten 1,40 Mk. durch die Post 1,45 Mk. — Im Falle höherer Gewalt / Betriebsstörung Erteil ist ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Postzeitung oder deren Raum 15 Pfa. die Spaltenweise Kellenseite 40 Pfa., Ausdrucksgebühren 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezüge unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Ausland, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 137

Donnerstag, den 19. November 1931

33. Jahrg.

„Scharfes Zapfen erforderlich!“

Rede Groeners auf der Konferenz der Innenminister.

Berlin, 18. November.
Reichsinnenminister Groener hielt auf der Konferenz der Innenminister eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Verteilung der Gestalt auf die Länder gibt in weitgehendem Maße die Möglichkeit, den besonderen Verhältnissen in den Ländern Rechnung zu tragen. Das Vertrauen zum Staat ist dem Deutschen untrennbar verbunden mit dem Bewußtsein seiner engeren landsmannschaftlichen Zugehörigkeit. Soll die Trennung von Legislative und Exekutive unsere Aufgaben fördern, dann muß sie allerdings mit einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein.

Sicherung des Staates.

Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die einflussreiche und uneingeschränkte Zusammenarbeit des Willens von Reich und Ländern, um so mehr, je bedrohlicher die Entwicklung sich gestalten sollte. Es gilt, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rückföhrlich zu unterdrücken.

Ueberwindung der Krisensituation.

Die Mittel dazu genähren die Notverordnungen. Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staates und seiner Verfassung, sondern auch um die Außenpolitik in einem Augenblick, wo die aller schwierigsten Entscheidungen auf dem Spiele stehen. Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Gesundung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisenstimmung der Bevölkerung zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu fächern. Politische Maßnahmen können aber nur der Weg sein, um die wirtschaftsmäßige Entwicklung der politischen Zustände.

Kritik und politische Betätigung ist niemandem im Deutschen Reich verwehrt.

Die ehrliche und anständige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein.

Das Ziel der Staatspolitik.

Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen; es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich diesem Ziel mit Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen dessen Willen die Maßnahmen der Verordnungen des Reichspräsidenten angewandt werden.

Das in der letzten Ministerbesprechung von vielen Seiten geforderte Verbot von Verläumdungen unter freiem Himmel von Reichs wegen ist insbesondere von bayerischer Seite abgelehnt worden. Nach den bekannten Braunschweiger Vorkommnissen ist in der Öffentlichkeit sehr lebhaft das Verlangen nach einem Verbot von Reichs wegen erhoben worden. Inzwischen habe die überwiegende Zahl der Länderregierungen ein allgemeines Verbot und Umzugsverbot erlassen.

Gegen die Mordeuse.

In erster Linie ist gegenüber den Terrorakten, Morden und anderen Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die zu einer Kulturkatastrophe für Deutschland geworden sind, ein scharferes Zapfen unbedingt erforderlich.

Es sei unbedingt erforderlich, daß Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhüten oder die Täter einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Hier müßte mit aller Energie vorgegriffen werden. Es müßten in dieser Beziehung Maßnahmen erdortet werden, durch welche dieser Mordeuse entgegengetreten werden könne. Der Reichspräsident habe ihn gebeten, den politischen Mordtaten seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Er gebe diese Bitte an die Innenminister weiter. Der Minister fuhr dann wörtlich fort:

Verhinderung der Zersetzungsstätigkeit.

Außerdem habe ich von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient weiter die von der kommunistischen Partei betriebene Zersetzungsstätigkeit in Reichswehr und Polizei. Beiden, die hier in das Staatsgefüge einschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, daß bis jetzt solche Zersetzungsversuche an dem fernen Berge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Versuche zu verhindern. Ich habe kürzlich beim preussischen Innenminister angeregt, der kommunistischen Zersetzungsarbeit durch zentrale polizeiliche Abwehrmaßnahmen entgegenzuwirken.

Nach den einleitenden Ausführungen des Reichsinnenministers fand eine allgemeine und eingehende Aussprache statt. Die Innenminister der einzelnen Länder gaben einen Überblick über die politische Situation in ihren Ländern.

Die Aussprache erab die einmütige Auffassung über

die Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Erneutes Sinken der Golddecke.

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 14. November.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. November 1931 hat sich in der veröffentlichten Banknote die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schatz Comands und Effekten um 47,7 Mill. auf 3997,6 Mill. Markt verringert.

In Reichsbanknoten und Rentenbankfaktoren zusammen sind 88,9 Mill. Markt in den Kassen der Reichsbank zurückgefallen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 88,1 Mill. auf 4453,5 Mill. Markt, derjenige an Rentenbankfaktoren um 0,8 Mill. auf 413,5 Mill. Markt verringert. Demnach sind die Bestände der Reichsbank an Rentenbankfaktoren auf 14,0 Mill. Markt erhöht. Die fremden Gelder setzen mit 406,8 Mill. Markt eine Zunahme um 7,9 Mill. Markt.

Die Bestände an Gold und bedungsfähige Devisen haben sich um 72,2 Mill. auf 1189,8 Mill. Markt vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 63,3 Mill. auf 1038,0 Mill. Markt und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 8,9 Mill. auf 151,8 Mill. Markt abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 26,7 Prozent gegen 27,8 Prozent in der Vorwoche.

Devisenbewirtschaftung.

Erläuterungen des Geldverkehrs im Grenzgebiet.

Im Grenzgebiet sind neue Ersicherungen geschaffen worden, die u. a. vorsehen, daß die Eintragungspflicht in den Reisepaß bei Umwechslung von Beträgen bis zu 30 Markt wöchentlich durch Grenzkontrollen in Grenzorten entfällt, desgleichen bei Beträgen bis zu 50 Markt im Umwechslungsverkehr in den Eisenbahnhöfen.

Ohne Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstellen ist die Umwechslung von Geldbeträgen für eingeführte Waren durch ausländische Besucher im Betrage von 200 Markt für jeden Markttag, sowie im Betrage von 1000 Markt für Personen gestattet, die ihren Wohnsitz im ausländischen Grenzgebiet haben und regelmäßige Bezüge aus inländischer Quelle beziehen.

Ferner ist die Umwechslung von Beträgen durch in ausländischem Grenzgebiet anwesende Personen, wenn die Beträge aus dem Inland kommen, bis zum Betrage von 500 Reichsmark je Monat gestattet.

Weitere Exportsteigerung.

383 Millionen RM Ausfuhrüberschuß im Oktober.

Berlin, 17. November.

Die deutsche Handelsbilanz zeigt im Oktober einen Ausfuhrüberschuß von 383 Millionen RM. Unter Berücksichtigung der Reparationslastleistungen, die 12,9 Millionen RM betragen, erhöht sich der Ausfuhrüberschuß auf 395,9 Millionen RM. Die Ausfuhr ist wertmäßig um 812 auf 686 Millionen RM oder um 6,7 Prozent gestiegen. Die Ausfuhrerhöhung entfällt nahezu vollständig auf Fertig-



den. In bringenden Fällen kann er die Anstellungsgenehmigung unter Vorbehalt erteilen.

Die Arbeitszeitverkürzung.

Entsprechende Maßnahmen in vier Ländern.

Genf, 17. November.

Das Internationale Arbeitsamt, dessen Verwaltungsrat sich kürzlich mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung über den Aufständentag hinaus beschäftigte, teilt mit, daß bis jetzt über Staaten entsprechende Maßnahmen ergriffen hätten, nämlich Deutschland, die Freie Stadt Danzig, Polen und die Tschechoslowakei.

In Deutschland gibt die Notverordnung vom 5. Juni 1931 die Möglichkeit einer Einführung der 40stündigen Arbeitswoche in einzelnen Industriezweigen. Danzig hat die 40stündige Arbeitswoche in der Staats- und Kommunalverwaltung eingeführt. In Polen wurde die Ermächtigung der Regierung, die Arbeitszeit zu verlängern, in der Weise erweitert, daß sie hier herabgelagt werden kann. In der Tschechoslowakei ist ein Gesetz in Vorbereitung, das die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich nach oben begrenzt.

Lohnverhandlungen an der Ruhr.

Die Erklärungen der Parteien.

Essen, 18. November.

Für den Zehnerverband wurde zu Beginn der Lohnverhandlungen durch Generaldirektor Dr. Wüstert eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: Es ist zu bedauern, daß die Regierung bei der letzten Lohnregelung einer klaren Entscheidung auswichen ist. Es zeigt dies vor allem auch die bis Ende November begrenzte Befreiung von den Arbeitslohnbeiträgen für die Unterlage-Belegschaft, eine Maßnahme, die allgemeinwirtschaftlich besondere Bedenken hervorgerufen hat.

Er bedauert, daß er durch die fortgesetzt notwendig werdenden Änderungen der Lohnregelung immer wieder in einen Gegensatz zu seiner Arbeiterschaft gebracht wird, weil das heutige Regierungssystem bisher jedenfalls Möglichkeiten einer Entlastung insbesondere auf dem Gebiet der Steuern, Soziallasten, Frachten und Zinsen nicht gezeigt hat. Zur Erzielung einer wirksamen historischen Selbstlohnentlastung bleibt somit zunächst nur eine Senkung der Löhne und Gehälter möglich.

Die Gewerkschaftsvertreter weisen in den Verhandlungen darauf hin, daß sie jeden weiteren Lohnabbau mit aller Entschiedenheit ablehnen müßten. Wenn eine weitere Senkung der Selbstkosten notwendig sei, könne diese unmöglich durch eine neue Senkung der Lohnkosten gefunden werden.

Notwendig sei statt einer Lohnsenkung vor allem eine durchgreifende Senkung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise. Weiterhin brähen die Gewerkschaftsvertreter für Bestehen darüber zum Ausdruck, daß die Zehnervertreter familiäre Arbeitsverträge gefändigt hätten, bevor überhaupt ein Verhandlungsergebnis vorlag. Der Lohnstreik habe dadurch eine erhebliche Verschärfung erfahren.

Angehts dieser Haltung beider Tarifparteien erwies sich ein weiteres Verhandeln als zwecklos. Die Beratungen wurden infolgedessen nach kurzer Dauer abgebrochen. Die Schlichtungsverhandlungen dürften am 23. November stattfinden.

Keine parteipolitische Festlegung.

Der Kurs der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Berlin, 18. November.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft teilt mit: „Immer wieder laucht das von interessierter Seite vertretete, von unseren Freunden mit Besorgnis aufgenommene unrichtige Gerücht von einer parteipolitischen Festlegung der Deutschen Kolonialgesellschaft im Sinne einer Linksorientierung auf.“

Wer unsere Politik während der letzten Monate und andere Ausgebungen verfolgt hat, wer insbesondere den kürzlich erlassenen Aufzug unseres Reichspräsidenten, Gouverneur Dr. Schone, und seine Richtlinien für den kolonialen Kampf gelesen hat, muß wissen, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft unbeeinträchtigt an ihrer Forderung, der Rückgabe der deutschen Kolonien, festhält und daß sie in dem Kampf um dieses Ziel alle Kräfte der Nation zu einem Betteil ist, die im Sinne dieser vaterländischen Aufgabe mitzuarbeiten und mitzukämpfen bereit sind.

Erlaubnisperre

für neu zu errichtende Schantwirtschaften.

Eine Verordnung des preussischen Ministers des Innern vom 13. November 1931 betr. neu zu errichtenden Schantwirtschaften ist veröffentlicht worden, nach der bis zum 1. Oktober 1934 Erlaubnisse für neu zu errichtende Schantwirtschaften grundsätzlich nicht erteilt werden dürfen. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Regierungspräsidenten (in Berlin des Polizeipräsidenten) zulässig. Die Bestimmungen gelten nicht für Anträge, die bei der Erlaubnisbehörde erster Instanz vor dem 1. 10. 1931 eingegangen sind.

Der preussische Minister des Innern bemerkt in einem Rundschreiben auf der Verordnung u. a.: Die Verordnung bezieht